



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1922**

151 (30.3.1922) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-202768](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-202768)

# Mannheimer General-Anzeiger

## Badische Neueste Nachrichten

Originalpreis: In Mannheim und Umgebung monatlich für ein Haus gebucht Mark 30.—, durch die Post bezogen vierteljährlich Mark 45.—, halbjährlich Mark 75.—, jährlich Mark 135.—. Postfachnummer 17990. Anzeiger in Baden und Nummer 2017 Ludwigshafen an Rhein. Hauptgeschäftsstelle: L. 4. 2. Geschäfts-Nebenstelle: Mannheim, Wilschhofstraße Nummer 4. Fernsprecher Nummer 7443, 7444, 7445, 7446. Telegramm-Adressen: Mannheimer Mannheimer. Erscheint wöchentlich zweimal.

Anzeigenpreis: Die kleine Zeile Nr. 4.— ausw. Nr. 5.—. Einmalige Anzeigen n. Sam.-Tag. 20%, Nachh. Restime Nr. 10.—. Anzeiger in Baden und Nummer 2017 Ludwigshafen an Rhein. Hauptgeschäftsstelle: L. 4. 2. Geschäfts-Nebenstelle: Mannheim, Wilschhofstraße Nummer 4. Fernsprecher Nummer 7443, 7444, 7445, 7446. Telegramm-Adressen: Mannheimer Mannheimer. Erscheint wöchentlich zweimal.

Beilagen: Der Sport vom Sonntag. — Aus der Welt der Technik. — Gesetz und Recht. — Mannheimer Frauen-Zeitung. — Mannheimer Musik-Zeitung. — Bildung und Unterhaltung.

### Auf dem Wege zur gemeinsamen Abwehrfront.

#### Ein Wendepunkt?

□ Berlin, 30. März.

(Von unserem Berliner Büro.)

Herr Dr. Rathenau hat, was der Kanzler begonnen, heute fortgesetzt. Auch er ist von der Erfüllungspolitik wie man sie früher in den leitenden Kreisen des Kabinetts zu verstehen schien, abgerückt. Man hat einmal außerhalb des Parlaments, von Dr. Boller Rathenau schon glänzendere Reden gehört. Er war, was die Technik des Vortrags und die Kunst der Sprache angeht, nicht auf der sonst bei ihm gewohnten Höhe. Das mag Absicht gewesen sein. Kann sein, daß der Außenminister gerade heute durch seine Sachlichkeit zu wirken wünschte; freilich war manches in dieser Rede zu lang geraten, wir hatten es nicht einmal für ausgeschlossen, daß die die auf eine eigene Lebenswürdigkeit, mit der er zum Schluß Amerika umwarb, dem sammenden Botschafter der Vereinigten Staaten blumengezierter Ehrensportler erwiderte und von Herrn Wiedfeldt erzählt, daß man ihn aus besonderer Rücksicht auf die amerikanische Mentalität erkor, jenseits des großen Wassers nicht ganz den erhofften Eindruck machen wird.

Auch Reden sind aus ihrem Willen und den Umständen des einzelnen Falles heraus zu beurteilen. Herr Dr. Rathenau hatte sich bisher — und wohl nicht durchaus zu Unrecht — als der Exponent jener Kreise gehalten, die auf eine schrittweise Abmilderung der Haftgebunden in der Welt rechnen und sochem Ziel durch ein System von Nachgiebigkeit und vorsichtigem Verhandeln von Mann zu Mann näher zu kommen hoffte. Heute steht nun auch er auf dem Punkt, zu sagen: Bis hierher und nicht weiter. Heute bekennt auch er sich zu der Unmöglichkeit, die Steuerfahrende härter anzugehen. Heute erklärt er kühl, geschäftsmäßig, leidenschaftlos, doch mit jeder wünschenswerten Deutlichkeit: Die Grundlagen unserer bisherigen Abmachungen sind durch die Reparationsnote verrückt. Unter den heutigen Verhältnissen der Geldentwertung müssen wir für unsere Goldzahlungen einen anderen Zahlungsplan erwarten, ist ohne Mißpaule und ohne auswärtige Anleihe irgendwelcher deutscher Leistung schließlich der Weg verbaut. Herr Rathenau hat heute aber noch anderes und mehr getan. Er hat eine Abrechnung vorgenommen mit dem feindlichen Pharisäertum, auf die man in der ein wenig hellhörig gewordenen Welt am Ende doch achten wird, hat Summen auf Summen geschlagen und dabei zahlenmäßig erwiesen, daß dieser angeblich böswillige deutsche Schuldner bisher schon mehr als 100 Milliarden seinen feigen Gegnern anopfert und daß noch nie in der Menschheitsgeschichte von einem unterlegenen Volke ähnliche Bußen erlegt wurden. Daneben aber hat er — und wiederum an der Hand unabweisbarer und unüberleglicher Zahlen — dargetan, was wir an Waffen in diesen kummervollen Jahren abgeben haben, und wie nur vollendete Torheit uns nachzureden vermag, wir hätten unsere Rüstung zurückbehalten, um beim nächsten bequemen Anlaß das französische Unschuldssammeln zu überfallen.

Zuletzt hat dann der Minister noch melancholisch ein paar Herbstblumen auf das Grab seiner Hoffnungen gestreut. Da er von Cannes zurückkehrte, glaubte er trotz Poincaré und Briand Sturz noch an einen Frühling in Genéva. Diesen Glauben scheint er nicht mehr zu hegen. Was er darüber sagte, ist nämlich erheblich ernüchterter, nüchternloser, als was geflern noch der Kanzler zu dem nämlichen Gegenstand ausgeführt hatte. Herr Rathenau will Herr Dr. Wirths bescheidene Hoffnungen nicht völlig herabstimmen, aber er sieht voraus, daß diese Konfession ausgehen könnte, wie so viele vor ihr. Das Wetter hat umgeschlagen. Das Kabinett Wirth-Rathenau steht vor einer Neuorientierung seiner Politik und sieht um Rücksicht in der Nation — Herr Rathenau sprach es unumwunden aus — und um Einmütigkeit und einseitige Unterstützung durch den Reichstag.

Diese Einmütigkeit ist durch den kurzfristigen Nationalismus der Deutschen heute zu nichte gemacht worden. Möglich, daß ihnen die Kritik, die an Dr. Hergts bedingter und verklausulierter Zustimmung in ein paar konservativen Blättern geübt worden war, in die Hand fuhr. Auch zu der Rede ihres Parteiführers paßte der Wirthstrauensantrag, mit dem die Deutschnationalen heute zu Beginn der Sitzung Haus und Regierung überraschten, jedenfalls wie die Faust auf das Auge. Kann sein, daß sie so einen Keil in die Volkspartei zu treiben beabsichtigten. Aber diese Spekulation wurde von Dr. Stresemann alsbald zerstreut. In einer nach Form und Aufbau vortrefflichen Rede, die dabei der Regierung Wirth keineswegs nur Rosen vor die Füße streute, und über das Bemelmanabkommen z. B. manches abfällige Urteil einfließen ließ, erklärte er: Wir haben aus der Rede des Kanzlers vor allem das „Rein“ herausgehört, und mahnte mit Ernst und Nachdruck bei Betrachtung der politischen Probleme die Parteipolitik doch nach Möglichkeit auszuschalten, nicht zur Unzeit uns über die Frage der Zweckmäßigkeit der Erfüllungspolitik zu streiten. Herr Dr. Marx vom Zentrum hat sich dann trotzdem um eine Rechtfertigung dieser Erfüllungspolitik bemüht und Herr Breitscheid, der angefundiatenmaßen mehr die Erringung der Schwerte aufmarschieren ließ, hat die Fortsetzung sogar gefordert. Der romantische Inter-

nationalismus des unabhängigen Schönredners erweckte im Abg. Haas die zornigen Sätze: Wir wünschen völlige Abrüstung, aber wenn in Frankreich keine Vernunft einkehrt, dann hoffen wir doch, daß der Tag kommt, wo wir dieselben Rechte haben wie Frankreich und die anderen Völker. Darum wollen wir die Reichswehr und die Marine uns erhalten.“ Auch der demokratische Sprecher hat schließlich auf den Zeitpunkt hingewiesen, wo die Reparation, die heute noch die letzte Möglichkeit des Verhandels auszuschöpfen sich verbunden fühlt, ein entscheidendes Nein aussprechen muß. Und er hat veranlagt, daß dann die ganze Nation selbst die Sozialisten aller Schattierungen sich hinter sie stellen.

Das wird bei der deutschen Quersichtigkeit wohl eine vergebliche Hoffnung sein. Nimmt man es genau, so herrscht in der Sache selbst freilich schon heute Einmütigkeit: In der Ablehnung der Reparationsnote stimmen schließlich alle von Hergt bis Breitscheid überein. Sieht man die Dinge unter diesem Gesichtswinkel, so schrumpft auch der deutschnationale Wirthstrauensantrag zur Bedeutungslosigkeit zusammen. Ein Schönheitsfehler, der ärgerlich ist.

#### Der Außenminister spricht.

OMB. Berlin, 29. März.

In der fortgesetzten Besprechung kam zunächst zu Wort:

#### Abgeordneter Marx (Zentrum):

Die Beratung und ihr Ausgang werden einen Markstein in der Geschichte des deutschen Volkes bilden. Kein Augenblick ist ungünstiger und ungeeigneter als der jetzige, die schwachen Fragen zu einer Kabinettstrategie zu gestalten, wie es das eingebrachte deutschnationale Wirthstrauensvotum bezweckt. (Beifall sehr richtig). Die Note selbst kennzeichnet sich als der flagranteste Bruch mit den ewigen und unabänderlichen Normen des Völkerrechts. Wohl hat der Sieger das Recht, Vergeltung zu üben, aber nicht gleichzeitig dem Besiegten den wirtschaftlichen Todesstoß zu versetzen. Durch das Steuerkompromiß sind dem deutschen Volke ungeheure Lasten auferlegt worden. Deutschland hat ehrlich alles darangesetzt, seine Verpflichtungen zu erfüllen, nach der Auffassung weiser Kreise ist es dabei zu weit gegangen. Auch bei der Entente mache man sich den Unterschied klar zwischen der Arbeit eines freien Mannes und eines Sklaven. Wenn man immer wieder mit der Besetzung des Ruhrgebietes droht, und die Bergarbeiter zwangsweise in den Dienst der Entente stellen will, so wird man bald sehr sonderbare Erfahrungen machen. Man wird sehen, wohin man kommt, wenn man so gegen Recht und Gerechtigkeit und die Gefühle eines ganzen Volkes handelt. (Beifall sehr richtig). Verlangt die Entente Einschränkungen und droht uns eine Kontrolle an, so muß man fragen, wie sie dazu komme, die Kosten für die Besatzungstruppen in völlig unbilliger Weise in Anspruch zu bringen. Hier gerade wird höchst wohl vorzuwenden. Die Rede des Abg. Hergt war nur auf das Negative ohne positive Vorschläge eingestellt. Genau muß der helle Stern sein, der Europa aus seinem schweren wirtschaftlichen Gefängnis herausführt.

#### Abg. Dr. Stresemann (D. V. P.):

Der Geist, den die in annehmendem Ton geschriebene Note der Reparationskommission atmet, muß jeden, der auf eine Völkerverständigung gehofft hat, aufs schwerste enttäuschen. (Beifall sehr richtig). Deutschland hat 1918 die Waffen nicht bedingungslos niedergelegt. Noch in der denkwürdigen Sitzung vom 12. Mai 1919 in der Berliner Universität hat Conrad Haugmann erklärt, das deutsche Volk hätte niemals die Waffen niedergelegt, wenn es diesen Frieden geahnt hätte. Wir hätten schon viel früher die maßlosen Ententeforderungen zurückweisen müssen. Die Folgen einer solchen Handlung wären keinesfalls so schwer gewesen, wie Herr Marx sie malt. Statt dessen hat man den großen Fehler gemacht, die Ausbringung der ersten Goldmilliarde stolz in die Welt hinauszuposaunen. Wir mußten damit den Eindruck erwecken, als ob Deutschland unglücklich leistungsfähig wäre. Statt dessen hat uns die Zahlung nahezu an den Abgrund gebracht. (Zustimmung rechts). Es ist zwar falsch, was der deutschnationale Antrag behauptet, daß der Reichskanzler sich für 1922 auf die Bedingungen von Cannes festgelegt hätte. Aber auch dieses

#### Diktat ist wieder die Folge der falschen deutschen Taktik.

Man hätte auf Deutschlands Bestimmung hinweisen müssen. Man dürfte vor allem nicht seinerzeit selbst mit einem Zahlungsvorschlag kommen, den man natürlich auf der Entente Seite als das Mindeste dessen betrachtete, was Deutschland zahlen kann, der aber offenkundig über das erträgliche Maß hinausgeht. In der ganzen Welt klagt man über Erwerbslosigkeit. Man versucht gegen das deutsche „Dumping“ gefällig vorzugehen. Dabei wäre das vernünftige Antidumping-Gesetz der Verzicht auf die deutsche Kriegsschadung.

Eine Erfüllungspolitik in der bisherigen Weise ist nicht mehr möglich. Unsere Leistungen beruhen auf der Ausfuhrmöglichkeit. Finden sich im Ausland Käufer deutscher Waren nicht mehr, so muß ja die deutsche Mark geradezu katastrophal zusammenstürzen. Der englische Ministerpräsident müßte also die Politik, die er in seinen letzten Reden immer verteidigt hat, auch in die Tat umsetzen. Das Steuerkompromiß ist mit der Zwangsanleihe das Höchste, was die deutsche Wirtschaft tragen kann. Vielleicht geht es schon über die Leistungsfähigkeit hinaus. Neue Steuern sind also nicht möglich, und der Reichskanzler hat auch ein dahingehendes Anerbieten nicht gemacht. Wenn der Reichskanzler erklärt, daß er an der bisherigen Erfüllungspolitik festhält, so ist das zu bedauern. Der Reichskanzler hätte es vermeiden sollen, die Frage aufzuwerfen, ob in der bisherigen Politik, die sich ja als unmöglich gezeigt hat, festgehalten werden könne. Darauf hätte sich eine breite Basis für die parlamentarische Unterstützung aufbauen können. Wir sollten uns nicht obdrängen lassen von dem von England angedeuteten Wege, daß für uns nur in Frage kommen könne der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete. Frankreich fordert Mittel für seine eigenen Finanzen, die sich namentlich durch die Unterhaltung eines viel zu großen Heeres schlecht gestaltet haben. Deutschland kann diese Mittel nicht geben, ohne seine

eigene Wirtschaft zu zerstören. Es bleibt nur der Weg einer internationalen Anleihe, verbunden mit einem langfristigen Rezessorium für Deutschland, und dafür sollten sich sämtliche Nationen einsetzen. Die Stellung der Vereinigten Staaten ist dafür von entscheidender Bedeutung. In dieser Richtung muß auch die auswärtige Politik gehen, und dafür müssen sich alle Parteien einig sein.

Die auswärtige Politik darf kein Tummelplatz für Parteifügung sein. In dem Augenblick, wo wir aus der Rede des Reichskanzlers das Nein herausgehört haben, sollten wir uns nicht in eine Erörterung über die Erfüllungspolitik einlassen und von Anträgen, wie sie der Abgeordnete Hergt gestellt hat, absehen. Wenn in Genéva neben den französischen Politikern auch die Stimmen der verständigen Wirtschaftspolitiker zu Gehör kommen, so muß sich auch die Hoffnung auf die Schaffung der Grundlage des Wiederaufbaues einstellen. Dazu dürfen wir uns aber nicht auf das Ausland allein verlassen. Es ist zu hoffen, daß alle Parteien, die sich hinter das Nein des Reichskanzlers gestellt haben, auch dabei bleiben werden.

#### Reichsminister Dr. Rathenau:

Ich habe schon in Cannes darauf hingewiesen, daß die Defizitzahlungen nur kurze Zeit wickeln gelassen werden können, weil sonst eine Herrichtung unserer Valuta eintraten würde. Das ist geschehen. Die Entscheidung der Reparationskommission hat alle Welt enttäuscht.

#### Poincarés Politik hatte überall Erfolg.

In der Weidhelfrage haben wir wenigstens erreicht, daß die Botschafterkonferenz ihre Entscheidung zurückgestellt hat. Die stärkste Weltmacht der Welt, Frankreich, wird in ihrem Vorgehen bestimmt durch die Furcht vor einem Angriff seitens Deutschlands, welches so vollkommen entworfen ist, daß es kaum im Innern Ruhe halten kann. Darum brauchen wir mit unserer geschwächten Staatsgewalt eine Schutzpolizei, die imstande ist, die Ruhe im Innern aufrecht zu erhalten.

#### Der Kritik des Reichskanzlers an der Note habe ich nichts hinzuzufügen.

Wir müssen uns in einen fremden Vorstellungskreis versetzen und Irrtümer berichtigten. Erstens hat man übertriebene Vorstellungen im Ausland von dem Begriff der Inflation und ihren Wirkungen, die auf die Zerrüttung unserer Valuta nur durch den Notendruck zurückgeführt wird. Ein Land mit aktiver Zahlungsbilanz mag die Ordnung seines Budgets durch eine deflationistische Politik ermöglichen können, d. h., daß der Haushalt balanciert und die Notenpresse stillt. Anders aber liegt die Sache für ein Land mit passiver Zahlungsbilanz. Kein Kenner des Wirtschaftslebens wird mit einem Weg zeigen können, auf dem es für ein Land mit passiver Zahlungsbilanz möglich ist, Goldzahlungen zu leisten ohne die Hilfe fremder Anleihen und dabei seine Valuta intakt zu erhalten. Ein wesentlicher Irrtum des Auslandes von unserer Zahlungsfähigkeit betrifft die

#### Frage unserer Steuerlast.

Wir haben in Cannes das Material übergeben, das den Nachweis erbringt, daß Deutschland schon heute schwerer belastet ist mit Steuern als alle anderen Länder. Ein dritter Irrtum ist, daß man uns vorhält: Eure Wirtschaft ist voll beschäftigt. Wo bleibt denn das Produkt der Arbeit. Die Antwort von Cannes werde ich hier mit aller Deutlichkeit wiederholen. Die Reparationszahlungen der letzten Jahre beliefen sich auf 1 1/2 Milliarden Goldmark. Das bedeutet eine Jahresarbeit von einer Million deutschen Arbeitern. Durch den Niedergang unserer Wirtschaft mußten wir für 3 Milliarden Lebensmittel einführen. Das bedeutet abermals die Arbeitskraft von einer Million Deutschen während eines ganzen Jahres. Wir haben unseren Auslandsbedarf und damit die Einnahmen daraus von einer Milliarde in Gold verloren. Diese Einnahmen brachten uns als Gegenwert einen Zutrom von Rohstoffen und Waren, für deren Beschaffung wir gegenwärtig mit unserer Arbeit bezahlen. Dazu ist abermals die Arbeit von einer Million Deutscher erforderlich. Wir kommen also zu einer Rechnung, daß gegenwärtig 3 Millionen Deutscher Jahr für Jahr arbeiten, um den Stand einigermaßen wiederherzustellen, der uns vor dem Kriege ohne unsere Arbeit beschieden war. Eure Industrie ist ja lähmend, sagt das Ausland. Eure Gesellschaften zahlen hohe Dividenden. Sie emittieren neues Kapital. Sie schaffen also neue große innere Werte. Auch dieser Schluß ist falsch.

#### Wiel gefährlicher sind die

#### Irrtümer auf politischem Gebiet.

Einer lautet: Deutschland hat nichts bezahlt und will nichts bezahlen. Dem ist entgegenzusetzen: Das deutsche liquidierte Eigentum im Ausland hat einen Wert von 11,7 Milliarden, die übergebene Flotte einen solchen von 5 Milliarden, das Reichseigentum in den abgetretenen Gebieten einen solchen von 6,5 Milliarden, das übergebene Eisenbahnmateriale einen solchen von 2 Milliarden, andere Leistungen nicht militärischen Charakters einen solchen von 5 Milliarden, der Verlust der deutschen Ansprüche an seine Kriegsverbündeten einen solchen von 1,1 Milliarden, die bisherigen Rohstofflieferungen zum Weltmarktpreis einen solchen von 1,3 Milliarden, eine Reihe kleiner Posten einen solchen von 3,2 Milliarden. Das ist eine Gesamtleistung seit Kriegsende von 45,6 Milliarden. (Beifall sehr richtig) und Bewegung im Hause.) Dabei ist der Verlust Westpreußens und Oberschlesiens noch nicht berücksichtigt.

#### Dadurch erhöht sich diese Summe auf über 100 Milliarden.

Das habe ich dem Auslande zu sagen. Die andere Behauptung lautet: Deutschland hat nicht entwaffnet und will nicht entwaffnen. Dabei umfaßt die Entwaffnung den Verlust unserer Festungen und die Ablieferung von ungeheuren Mengen Kriegsmaterial, was der Minister zahlenmäßig nachweist.

#### Unsere Abrüstung ist eine Leistung von unerbittlicher Größe.

Ein Krieg ist nicht zu führen mit den uns verbleibenden Resten, auch nicht ohne Umstellung unserer Gesamtindustrie. Diese ist aber in Deutschland jetzt nicht möglich. Die Abrüstung Deutschlands ist eine vollkommene, um so mehr, als das übrige Europa von Waffen starrt. Der Minister gab dann ein anschauliches Bild der unerbittlichen Lasten, die das deutsche Volk zu tragen habe. Nie ist ein Volk in geschichtlicher Zeit einer härteren Prüfung unterworfen worden. Wir verlangen für unsere Leistungen keine Anerkennung und keinen Dank, aber die Welt muß endlich die deutschen Verhältnisse so sehen, wie sie sind. — Was

#### die Politik des Kabinetts

anbeträgt, so glaube ich, daß es für sich beanspruchen darf, daß es im Jahre der stärksten Gefahr die Einheit und die Unverletzlichkeit

des Reiches erhalten konnte. Deutschland will den Aufbau der zerstörten Gebiete als Weg zum Frieden. Wir wollen nach Kräften beitragen zum Wiederaufbau der Welt. Nach dreißigjährigem Frieden ist unser eigenes Land noch immer friedlos, zum Teil militärisch besetzt, zum Teil militärisch kontrolliert. Das von dem Reichskanzler selbst beschränkte Maß der Hoffnung auf Genua will ich nicht herabdrücken. Dennoch werden wir unsere Stellung zu Genua nach eingehend prüfen. Läßt sich keine Lösung finden, so wird Genua das Schicksal vieler anderer Konferenzen teilen. Soll aus dem Chaos ein Ausweg gefunden werden, so muß man den Rahmen weiter spannen als den der neuen Reparationsnote. Deutschland bedarf, um die ihm gestellten Aufgaben im Kreise der Völker erfüllen zu können, einer

**Memorandum, die nur durch eine Äußerung** geschaffen werden kann. Amerika sagt, warum sollen wir unser Geld Europa zur Verfügung stellen, einem Kontinent, der es nur für seine Abtötungen verbraucht. Aber Amerika ist nicht lediglich ein materielles Interesse geleitet, sondern ein Land mit hohem moralischen Empfinden. Wir, die wir gemeinsam mit Ihnen und in Ihrem Auftrag die Verantwortung für die Reichspolitik tragen, kämpfen für die Erfüllung der Pflichten des deutschen Volkes, für die Unversehrtheit und Einheit des Reiches, für den Frieden und Aufbau. Dieses Ziel ist uns allen gemeinsam. Es gibt nicht eine Seele in diesem Hause, die sich davon ausschließt. Deshalb lassen Sie uns dieses Ziel in Einigkeit verfolgen. (Beifall.)

**Abgeordneter Dr. Dreitscheid (Unabhängig):**  
Die Note hat in allen Schichten des Volkes, auch denjenigen meiner Partei, den stärksten Unwillen hervorgerufen. Niemand hat geglaubt, daß eine Erfüllungspolitik uns in wenigen Jahren eine völlige Revision des Friedensvertrages bringen werde. Wenn aber Abg. Herzt die Auflösung des Reichstages fordert, so ist es mir unverständlich, was das im gegenwärtigen Augenblick für einen Zweck hat. Es bleibt uns nichts übrig, als vorläufig auf dem Wege der Erfüllung fortzufahren.

**Abgeordneter Dr. Haas (Demokrat):**  
Die Note der Reparationskommission bedeutet einen Verstoß gegen den Geist einer christlichen und wahrhaften Demokratie. Sollte der Versuch gemacht werden, auf irgendwelche deutsche Werte die Hand zu legen, so sollte man doch dabei den Erfolg bedenken, der mit der Liquidation ehemaliger deutscher Vermögen gemacht worden ist. Es ist unmöglich, jetzt einen Versuch zu machen, läßt in Döhlen zu geben, die gemehrten Wünsche durch Sachlieferungen zu befriedigen. Unsere Volkswirtschaft wird von Tag zu Tag ärmer. Gegenüber dem Verlangen der Entente, uns einzulieferen, ist zu sagen: Wir brauchen eine solche Befehung nicht. Die Bedürfnisse gingen uns zur größten Sparsamkeit. Meine Partei wünscht die allgem. Abdrückung. Läßt sich oder Frankreich nicht dazu herbei, so wünsche ich den Stand herbei, an dem Deutschland wieder dasselbe Recht hat wie andere Völker.

Mit der Erfüllung der Reichsregierung ist meine Partei einverstanden.  
Wir hoffen, daß Genua uns ein kleines Stück der Vernunft entgegenführen wird.  
Darauf wird die weitere Besprechung abgebrochen.  
In dritter Lesung wird der Beschlusses über die Verlängerung der Geltungsdauer der Demobilisationsvorschriften ohne Aussprache genehmigt.

**Namentliche Abstimmung über die Regierungserklärung.**

□ Berlin, 30. März. (Von unv. Berl. Büro.) Die Abstimmung zu der Regierungserklärung über die Reparationsnote wird heute nachmittag, natürlich namentlich, erfolgen. Die Unabhängigen werden, wie die „Freiheit“ erfährt, den deutschnationalen Antrag ablehnen. Vor der Abstimmung werden außer Dr. Stresemann auch Dr. Herzt für die Deutschnationalen und Herr Crispian für die Unabhängigen formulierte Erklärungen abgeben. Der „Vorwärts“ hält es nicht für ausgeschlossen, daß auch noch der Reichskanzler das Wort ergreift.

**Das Misstrauensvotum der Deutschnationalen.**

□ Berlin, 29. März. Die deutschnationale Fraktion des Reichstages hat zu der Debatte über die Reparationsnote das folgende Misstrauensvotum eingebracht:  
Der Reichstag wolle beschließen: Der Reichstag billigt das „Unannehmbar“ der Reichsregierung gegenüber dem von der Reparationskommission versuchten Vorkriegs auf die Souveränität des Deutschen Reiches. Der Reichstag verurteilt jedoch in der Erklärung des Reichskanzlers die klare und eindeutige Zurückweisung der Forderung der Reparationskommission auf Schaffung neuer, über die jetzt zur Abschließung stehenden Steuerföhe hinausgehenden Steuern für Kontributionszwecke. Er verurteilt ferner die Zurückweisung des rechtskräftigen und unerschütterlichen Beschlusses der Reparationskommission, ihre Hand für die Zwecke der Kontributionen auf das deutsche Privatvermögen zu legen. Er bedauert, daß der Reichskanzler sich erneut auf das unerfüllbare Angebot von 720 Millionen Goldmark in Devisen und 1450 Millionen Goldmark in Sachlieferungen für das Jahr 1922 verlegt hat. Angesichts der jetzt vor aller Welt als verfehlt und verhängnisvoll erwiesenen Politik des Reichskanzlers, wie sie zuletzt in der Note der Reparationskommission vom 23. Januar zum Ausdruck kam, und angesichts des auch jetzt noch in der Erklärung des Reichskanzlers zu Tage tretenden Willens, den solchen und verhängnisvollen Weg weiter zu gehen, hat der Reichstag nicht die Zuversicht, daß es einer von dem gegenwärtigen Reichskanzler geleiteten Reichsregierung gelingen wird, das Reich aus der schwierigen Lage heraus zu führen. Aus diesem Grunde versagt der Reichstag der Reichsregierung das Vertrauen, dessen sie nach der Reichsverfassung zur Führung der Geschäfte bedarf.

**Die Haltung der Deutschen Volkspartei.**

Berlin, 30. März. (Priv. Tel.) Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat gestern nachmittag den Beschluß gefaßt, sich bei der Abstimmung über das deutschnationale Misstrauensvotum der Stimme zu enthalten. Dieser Beschluß der Deutschen Volkspartei hat unvermutet eine gespannte Situation geschaffen. Die die Koalitionsparteien veranlaßte, noch gestern abend zusammenzutreten, um sich über die Fragen schlüssig zu werden, ob von ihnen ein Misstrauensvotum für Dr. Wirth eingebracht werden soll. Man kam schließlich überein, den Reichskanzler entscheiden zu lassen, ob er ein solches Misstrauensvotum wünscht oder nicht. Die allgemeine Auffassung in parlamentarischen Kreisen geht dahin, daß Dr. Wirth nach dem unerwarteten Beschluß der Deutschen Volkspartei ein Misstrauensvotum fordern wird. Wie die Deutsche Volkspartei sich zum Misstrauensvotum verhalten wird, wird den Blättern zufolge, von der Formulierung des Votums abhängen. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei wird heute vormittag in einer Fraktionsführung über diese Frage entscheiden und wird in einer formulierten

Erklärung ihre Stellungnahme zu den Ausführungen des Reichskanzlers darlegen. Es ist ungewiß, wie die Haltung der Deutschen Volkspartei bei einem Misstrauensvotum ist.

Besentlich scheint uns doch, daß die „Zeit“ heute die Rede Rathenows „bedeutend, groß und in ihrer Zurückhaltung gewichtig“ heißt, und von dem deutschnationalen Misstrauensvotum sagt, daß jedenfalls in diesen gespannten Stunden keine Personen in Frage kommen, sondern einzig und allein das „Rein“ zu der Forderung der Entente.

Auch die Stellungnahme der Unabhängigen ist ungewiß. Die „Freiheit“ teilt lediglich mit, daß die unabhängige Fraktion selbstverständlich den deutschnationalen Misstrauensvotum ablehnen wird. Da es sich aber um die Frage der Billigung der Außenpolitik des Reichskanzlers handelt, glauben die Blätter, daß die Unabhängigen für das Misstrauensvotum stimmen werden.

**Graf Lerchenfeld zur Reparationsnote.**

□ München, 29. März. Wie verlautet, wird der bayer. Ministerpräsident Graf Lerchenfeld, der heute vormittag von Berlin zurückgekommen ist, nach im Laufe dieser Woche im bayerischen Landtag zum Etat des Außenministeriums in eingehender Rede sprechen. Man nimmt an, daß er sowohl seine Stellung zur Reparationsnote als auch die Stellung Bayerns zu den Forderungen Kollerts betr. die Schutzpolizei eingehend behandeln wird.

**Annahme der Sachlieferungs-Abkommen.**

□ Paris, 29. März. Die Reparationskommission hat nach Beratungen, die sich über mehrere Sitzungen verteilten, die vier Abkommen über die deutschen Sachlieferungen grundsätzlich angenommen. Es handelt sich um das am 6. Oktober 1921 unterzeichnete Wiesbadener Abkommen über die Sachlieferungen, sowie über das am Tage danach getroffene Pauschalabkommen über die Restitutionsen, an deren Stelle das Substitutionsverfahren treten soll, ferner um das Bemelmansabkommen vom 27. Februar 1922 und die in Berlin am 15. März 1922 paraphierte französisch-deutsche Ergänzung zum Wiesbadener Abkommen, das das Bemelmanssche Sachlieferungsverfahren auf Frankreich ausdehnt. Die Zustimmung der Reparationskommission zu dem Abkommen von Wiesbaden und dem Zusatzabkommen von Berlin, die direkt und ausschließlich zwischen der französischen und der deutschen Regierung abgeschlossen worden seien, habe ihre Anerkennung durch alle Mächte zur Folge.

**Die Polizeinote General Kollerts.**

□ Berlin, 29. März. Zu den Besprechungen der Innenminister über die letzte Polizeinote General Kollerts, die gestern im Reichsministerium stattgefunden hat, erklärt die „Deutsche Tageszeitung“, daß die Minister einmütig die Auffassung vertreten haben, daß bei allem guten Willen den Forderungen der Note in keinem Punkte, wie z. B. in der Verlingerung der Polizeiträfte auf den Stand vom Jahre 1913, nicht nachgegeben werden könne. Die Ausführung dieser Forderungen der Militärkontrollkommission hätte mit Rücksicht auf die derzeitige innenpolitische Lage eine schwere Gefährdung der Sicherheit des Reiches zur Folge, umso mehr, als Deutschland heute mit den Polizeiträften über eine ganz unbedeutende Truppenmacht verfüge.

**Die Zurückziehung der amerikanischen Besatzung.**

□ Berlin, 29. März. Die bevorstehende Zurückziehung der amerikanischen Besatzungstruppen läßt besonders in Frankreich den Wunsch aufkommen, das freiwerdende Gebiet durch eigene Truppen zu besetzen. Nach dieser Richtung hin wird von französischer Seite die Initiative ergriffen, um bei den alliierten Mächten den Beschluß durchzusetzen, daß die bisherige amerikanische Truppenzone nunmehr den Besatzungsabteilungen der anderen alliierten Mächte angegliedert wird. Allerdings hat es Frankreich vorgezogen, zunächst Belgien den ersten Schritt zur Verwirklichung dieser Absicht unternehmen zu lassen. Nach einer Brüsseler Reibung der „Agence Belge“ hat die belgische Regierung an die Vorkonferenz eine Note gerichtet, in welcher sie behauptet, daß den Truppen infolge des Bestehens von unbefestigten Zwischenräumen (Couloirs) zwischen den Brückenköpfen Gefahren drohen. In diesen Zwischenräumen seien die Truppen Gefahren ausgesetzt. Die belgische Regierung ersuche um Abhilfe.

**Warum die Besetzung des Ruhrgebiets unterblieb.**

Paris, 29. März. Der französische Senat hielt eine geheime Sitzung ab, in der der Abg. Marsal über das Abkommen von Spa Mitteilungen machte. Darüber teilt die Havasagentur folgendes mit:

„Francis Marsal erinnerte zunächst an das zwischen den Verbündeten vorgesehene Verhältnis bezüglich der Verteilung der deutschen Rohle. In Anbetracht der Nichtleistung Deutschlands habe die französische Regierung die Möglichkeit einer Besetzung des Ruhrgebiets ins Auge gefaßt, die von den Verbündeten ausgeführt werden sollte. Sie stieß zuerst auf die Gegenwehr Englands, da Lloyd George drohte, jedes Bündnis abzubrechen und sofort das Unterhaus mit dem Konflikt zu beschlüssen. Am nächsten Tage habe Millerand erklärt, daß er seinen Standpunkt aufrechterhalte, und daß unter diesen Umständen Frankreich sich genungen sehe, allein das Ruhrgebiet zu besetzen. Dieser Haltung gegenüber kündigte Lloyd George an, daß er die Besetzung mit Frankreich zusammen durchführen würde, aber er stellte sieben Bedingungen, deren hauptsächlichste die Bezahlung der Rohlen zum britischen Marktpreis war. Die französische Regierung bemerkte sodann, daß bei diesem Tarif der französische Verbraucher einen Teil der englischen Steuern zahlen würde auf Grund der Uebergewinnsteuer (Excise profit), kraft derer 80 v. H. des vom englischen Handel erzielten Gewinnes an den britischen Staatsschatz zurückfallen. Trotzdem hielt Lloyd George seinen Standpunkt aufrecht und dann schlug der italienische Vertreter in Spa, Graf Sforza, eine Einigungsformel vor, die darin bestand, die Mehrzahl des Preises der deutschen Rohle, die so an Frankreich geliefert würde, als einen an Deutschland gegebenen Marschuh zu betrachten. Dieser Vorschlag wurde angenommen, und diese Vorschläge sind auf 380 Millionen angewachsen.“

**Lloyd Georges Vertrauensvotum.**

□ London, 29. März. Chamberlain hat heute nachmittag im Unterhaus den Wortlaut der Entschließung mitgeteilt, die Lloyd George am nächsten Montag dem Unterhause vorlegen wird. Sie lautet wie folgt: Das Haus billigt die Resolution, die der Oberste Rat in Cannes als Grundlage für Genua angenommen hat und wird die Regierung Sr. Majestät bei dem Versuch, ihr Wirksamkeit zu verschaffen, unterstützen.

Weiter teilte Chamberlain mit, daß er sich mit Lloyd George nach Genua begeben werde, vom Foreign Office 20 Personen, vom Handelsamt 23, vom Schahamt 15, vom Sekretariat des Premierministers 8 und von den Kabinettsmitgliedern 25. Die Zahl kann sich aber noch verändern. Es werde keinerlei politischer Schutz von England mitgeschickt. Die Aufrechterhaltung der Ordnung zwischen den Faschisten und Kommunisten sei Sache der italienischen Regierung. Lord Cufface Perry fragt an, ob es Tatsache sei, daß die Frage der Reparation endgültig von dem Programm der Konferenz von Genua ausgeschlossen werde. Chamberlain erwiderte, er sei nicht in der Lage, das Programm der Konferenz von Genua zu erörtern. Es müsse dem Premierminister am Montag überlassen bleiben. Auf eine weitere Anfrage teilt Chamberlain mit, der Stand der Staatsgeschäfte lasse eine zeitweilige Debatte über Genua nicht zu.

**Deutsches Reich.**

**Beamtenbesoldung im Hauptausschuß.**

□ Berlin, 29. März. Im Hauptausschuß des Reichstages wurde zunächst das Beamtenbesoldungsgesetz beraten. Nach eingehender Debatte wurde beschlossen, daß die Grundgehälter bei den ausfindigen Beamten in den Gruppen I bis XII so geändert werden sollen, wie dies in Vereinbarung mit den Spitzenorganisationen gesehen ist. Lediglich in Gruppe VII erfuhr das Gehalt eine kleine Erhöhung. Weiter wurde beschlossen, daß der Kinderzuschlag von 14 bis 21 Jahren gewährt wird, wenn die Kinder kein eigenes Einkommen von mehr als 4000 Mark jährlich haben. Der Frauenschlag soll auch Witvern (Beamten und Pensionären) gewährt werden, wenn sie für den vollen Unterhalt verorgungsberechtigter Kinder im eigenen Haushalt aufkommen. Angenommen wurde ferner ein Antrag, monatlich den Betrag von insgesamt 10 000 M. nicht übersteigend, die Teuerungszuschläge 60 Prozent im übrigen 30 Prozent betragen sollen. Weiter nahm der Hauptausschuß eine Entschließung an, wonach die Regierung schleunigst die notwendigen Maßnahmen treffen soll, daß im delegierten Gebiete die sogenannte Liebersteuungsbeihilfe ohne Rücksicht auf die Wirtschaftsbeihilfe (Wohlfahrtszulage) neben der Wirtschaftsbeihilfe bezahlt wird. Auch wurde eine Entschließung angenommen, daß bei künftiger Erhöhung der Bezüge der Beamten dem Familienbestand in höherem Maße als bisher Rechnung getragen werden soll. Angenommen wurde schließlich auch eine Resolution des Abgeordneten Hille (Zentrum), daß die Wirtschaftsbeihilfe für die Beamten, unter Beibehaltung der bisherigen Grundätze, für die Bemessung in Zukunft nach Wirtschaftsgrundlagen gewährt werden soll. — Hierauf vertagte sich der Ausschuß.

**Die Gefahren der Malaria.**

□ München, 28. März. (Via Drahtbericht.) Nach einem Report über die Gefahren der Malaria in Deutschland wurde an den Reichskanzler folgende Entschließung gefaßt:  
Die Mitglieder des Deutschen Roten Kreuzes gegen die Schwarze Malaria erkläre in der nachstehenden Zahl der Malaria in Deutschland eine sehr ernste Bedrohung der Volksgesundheit. Sie eruchen den Herren Reichskanzler mit allem Nachdruck bei den Regierungen der Kulturstaaten unter Hinweis auf die ernste Gefährdung europäischer Kultur und Gesundheit durch die furchtbare Malaria des Mittelmeeres, für eine baldige Entfernung der Malaria aus Europa zu wirken. Besonders wolle der Reichskanzler bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika dahin vorwirken, diese möchten verhindern, daß nach dem Weggang der amerikanischen Besatzungstruppen an ihre Stelle Franzosen träten.

**Badischer Landtag.**

□ Karlsruhe, 29. März. In der Nachmittags-Sitzung kamen noch einige Redner des Zentrums, der Kommunisten und des Landbundes zu Wort. Besonders neue Punkte wurden nicht vorgebracht. Vom Zentrum äußerte sich Abg. Jüngelmann-Bangendorfer zur Zwangswirtschaft und Abg. Rüdiger erwiderte von seinen Erlebnissen mit den Schwarzbreitern, die ihn stark beunruhigten, weil er ihre Handlungsweise scharf beurteilt habe. Er habe zahlreiche anonyme Briefe mit Beleidigungen und schweren Bedrohungen erhalten.

Der kommunistische Abgeordnete Bod gab der Meinung Ausdruck, daß das Mißverhältnis der Landwirtschaft kein Anlass für diese ist, sondern ein Schaden. Das Verlangen der Landwirte nach mehr billigeren Abgabe von Dünge- und Futtermitteln, insbesondere von Rieche ausgeglichen, um die Produktion zu steigern. 2. Dem Zwischenhandel mit Getreide und Kartoffeln sind Schranken zu ziehen, um der landwirtschaftlichen Tierzucht zu fördern. 3. Verbilligtes Brot soll gegen Brotmangel denen zugute kommen, deren Einkommen ein zu festes Existenzminimum erreicht.

Von diesem Spruch dann Abg. Maider, der die Landwirtschaftskammer gegen die Angriffe des Zentrums, da Seubert in der Vormittags-Sitzung in Schutz nahm. Als Mitglied der Landwirtschaftskammer müsse man gegen die ausgesprochenen Differenzen der L.-B. Verwahrung einlegen. Die Landwirtschaft sei bereit mitzugeben, daß auch die Winderbeständen ihr Brot essen, es dürfe aber nicht auf Kosten eines Standes gehen.

Am Donnerstag nachmittag soll, wenn irgend möglich, die Landwirtschaftsdebatte zu Ende geführt werden.

**Antrag zur Zwangswirtschaft.**

□ Karlsruhe, 29. März. Im Verlauf der heutigen Landtagssitzung ist von mehreren Zentrumsabgeordneten folgender Antrag eingebracht worden:  
Die badische Regierung wird ersucht, auf die Reichsregierung in der Weise einzuwirken, daß die Beibehaltung des Getreideumlageverfahrens nur auf folgenden Bedingungen gestattet wird: 1. Der Unterschied zwischen Markt- und Umlagepreis wird durch billigere Abgabe von Dünge- und Futtermitteln, insbesondere von Rieche ausgeglichen, um die Produktion zu steigern. 2. Dem Zwischenhandel mit Getreide und Kartoffeln sind Schranken zu ziehen, um der landwirtschaftlichen Tierzucht zu fördern. 3. Verbilligtes Brot soll gegen Brotmangel denen zugute kommen, deren Einkommen ein zu festes Existenzminimum erreicht.

**Letzte Meldungen.**

**Die Lage in der Metallarbeiterbewegung.**  
Nachdem gestern, wie uns mitgeteilt wird, der Delegiertenkörper der Arbeitnehmer, der die Vertrauensleute der einzelnen Betriebe umfaßt, sich mit dem Schiedspruch befaßt hat, findet heute vormittag die Urabstimmung in den einzelnen Betrieben statt. Es steht zu hoffen, daß die Abstimmung im Interesse der Arbeiterbewegung selbst eine Annahme des Schiedspruches bedeutet.

# Sitzung des Bürgerausschusses

am Mittwoch, den 29. März 1922.

### Genehmigung des Voranschlags der Fuhrverwaltung und der Gebührenerhöhung für Müllabfuhr und Straßeneinigung. — Verwendung des Ueberschusses des Jahres 1919.

Bürgermeister Ritter eröffnet bei noch stark gelichtetem Hause um 1,35 Uhr die Sitzung. Anwesend sind 65 Stadtverordnete. Das Haus tritt sofort in die Tagesordnung ein.

#### Durchführung des Fortbildungsschulgesetzes von 1918.

Stadtratsbeschluss: Es soll folgendes Dispositiv erlassen werden: 1. An der Fortbildungsschule Mannheim sind die Knaben zu wöchentlich neunstündigem Schulbesuch verpflichtet. 2. Die im Schuljahr 1921 fortbildungspflichtigen Knaben unterliegen der dreijährigen, die Mädchen der zweijährigen Schulpflicht.

Stv. B. Hrig begründet und empfiehlt die Vorlage zur Annahme, wobei er nicht der noch vorhandenen Mängel sich verschließt, doch 3. B. die Mädchen mit den Knaben nicht gleichgestellt werden und wöchentliche Ausbildung erhalten und das das Turnen nicht als Nebensache eingefügt würde. Stv. Frau Häußer (Dem.) gibt der Vorlage ihre Zustimmung und begründet einen Antrag der bürgerlichen Parteien, der für Knaben und Mädchen die jährliche Schulpflicht und Knaben und Mädchen zu 10 Stunden Unterricht wöchentlich verpflichtet, für das Schuljahr 1922/23 vorläufig die Knaben zu 8 Stunden und die Mädchen zu 5 Stunden. Stadtrat Eckert (Komm.) lehnt die Vorlage in dieser Form ab und wendet sich besonders gegen die Einbeziehung des Religionsunterrichts in den Fortbildungsumricht. Stv. Herkel (Soz.) befürwortet seinerseits die Vorlage, da dadurch in der Erziehung eine Brücke zwischen der Volksschule und der Zeit bis zur Staatsbürgerreise ausgefüllt werde. Um die Vorlage nicht zu gefährden, erklärt er sich damit einverstanden, dass der soz. Antrag in eine Resolution umgewandelt wird, die ebenfalls vorschlägt, dass die Schulpflicht für Knaben und Mädchen einheitlich auf 9 Jahre, der wöchentliche Unterricht auf 9 Stunden ausschließlich des Religionsunterrichts festgelegt wird. Stv. Frau Balleman (D. Hpt.) möchte dringend bitten, dass die doppelte Ausbildung, die die Mädchen in Hauswirtschaft und allgemeiner Bildung benötigen, nicht in einer verkürzten Zeit abgeben ist. Vor allem müsse auch auf Ausbildung in der Kinderpflege Wert gelegt werden. Zu dem Antrag der Unabhängigen kann die Fraktion heute noch keine Stellung nehmen. Stv. Dr. Sicking (Dem.) begrüßt es, dass die Anträge erledigt worden sind, sodass die Bestimmungen des Dispositivs bereits zu Beginn des neuen Schuljahres am Ostern in Kraft treten können. Die in den Anträgen ausgedrückten Gedanken würden mit der Zeit ebenfalls weitergedehnt und die Gleichstellung von Knaben und Mädchen erreicht werden. Stv. Gulde (D. N.) begründet eine von den weiblichen Mitgliedern des Bürgerausschusses eingebrachte Resolution, die besagt: „Die unterzeichneten weiblichen Mitglieder des Bürgerausschusses müssen die völlige Gleichbehandlung der Mädchen mit den Knaben in Bezug auf die Fortbildungspflicht dringend verlangen und zwar muß die Gleichstellung erfolgen sowohl hinsichtlich der Dauer der Schulpflicht als auch hinsichtlich der Zahl der Unterrichtsstunden, insbesondere verlangen wir auch für die Mädchen die Einführung verpflichtender Leibesübungen. Die Ausgestaltung soll sobald als möglich, spätestens von Ostern 1923 ab erfolgen.“ Den Mädchen muß Gelegenheit geboten werden, auch hier ihre Kenntnisse zu erweitern. Insbesondere müssen die „Kriegsschulkinder“ in der Fortbildungsschule noch weitergebildet werden, da bei ihnen mancher Schulausfall während und nach dem Krieg eingetreten war. Eine Ausfüllung sei bei allem die Einführung des hauswirtschaftlichen Unterrichts. Der Antrag der weiblichen Stadtverordneten wird zu Gunsten der Resolution zurückgezogen. Stv. Wendling (D. Hpt.) erklärt ebenfalls seine Zustimmung zur Vorlage und zur Resolution und legt Nachdruck auf den religiösen Unterricht. Stv. Roedel (Str.) bekennt sich bei seinem Vorredner für die wärmere Ausgestaltung zu Gunsten des Religionsunterrichts. (Gelächter auf der ganzen Bank). „Was sagen Sie denn? Wenn Sie einmal so was sagen, bedanke ich mich bei Ihnen auch.“ Gerade in dem Alter von 14—16 Jahren ist, wie Stv. Wendling ausführte, wenn Weltanschauungsfragen an die Jugend heranreten, die Religion am wichtigsten. Zur Linken gewendet: Wenn Sie einmal lange genug ohne Religion regiert haben, werden Sie auch wieder für ihre Einführung kämpfen. (Zuruf bei den Soz.: „Sie regieren ja!“) Stv. Scherer (Komm.) hebt sich nochmals voran, Herrn Dr. Roedel darauf aufmerksam zu machen, daß das Zentrum gegenwärtig in Deutschland regiert. Im übrigen tritt er dafür ein, daß der Vorschlag der weiblichen Mitglieder vom Arbeitgeber getragen werden soll. Stv. Frau Roedel (Soz.) spricht für die Einführung der Leibesübungen für Mädchen. Stv. Haas (D. Hpt.) übermittelt einen Wunsch der Handwerkervereinigungen, die um Unterstützung bei der Anschaffung der Lehrmittel bitten. Stv. Gremm (Str.) bemerkt zur Linken gewendet: Sie sehen ja alle noch von Ihrem Religionsunterricht, wie ein graues, kein blaues, Wunder erleben. Die Rechte, die Sie sich in Anspruch nehmen, können auch wir als Christen beanspruchen.“ (Zuruf: Lauter!) Zur Befürwortung des hauswirtschaftlichen Unterrichts übergehend, vertritt der Redner die Ansicht, daß es

noch Mädchen gibt, die sogar das „Wasser anbrennen“ lassen. (Heiterkeit.) Bei der Abstimmung werden die beiden Resolutionen einstimmig angenommen. Desgleichen eine Resolution, die besagt, daß der Aufwand für den Fachunterricht auf die Stadtkasse übernommen wird. Ein Antrag der Sozialdemokraten, daß in den Fortbildungsschulen kein Religionsunterricht erteilt werden soll, wird mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Unabhängigen, Kommunisten und der demokratischen Stv. Grün und Haas mit 38 gegen 34 Stimmen angenommen. Die stadträtliche Vorlage wird hierauf genehmigt.

Stv. Mojes (Deutschl.) fährt aus: Meine Damen und Herren! Heute ich vorgestern bereits einige Male Anlaß, unserer Vermunterung über farge Belage der Voranschläge Ausdruck zu geben, so bin ich mit diesem Voranschlag noch weniger zufriedengestellt; denn hier bietet sich keine Möglichkeit, auch nur einigermaßen den Aufwand zu ergründen zu können. In der Vorbemerkung wird gesagt: „Der Voranschlag ist aufgebaut auf den vorausgeschickten Ergebnissen des Rechnungsjahres 1921.“ Meine Damen und Herren! Wir zweifeln nicht daran, daß der Voranschlag von den Beteiligten mit peinlichster Sorgfalt aufgestellt wurde; aber das genügt uns nicht. Wir können nicht damit anfangen, was andere wissen, sondern wir müssen wissen, was wir beschließen, oder — sofern wir nichts erfahren, wie es hier der Fall ist — können wir bei bester Absicht nichts beschließen. Es ist nicht eine einfache Wahnahme, heute 10 Proz. des Aufwandes für die Straßeneinigung u. 14 Proz. für die Müllabfuhr festzusetzen. Diese Summen betragen ein Viertel der Wohnungsmieten, das ist mehr als die Hälfte der Friedensmieten. Wir sind der Ansicht, daß es wohl angebracht ist, bei einem stadträtlichen Antrage, der die Gebühren um 75 Proz. und 100 Proz. steigert, um einen klaren Einblick in die Einnahmen des Jahres 1921 zu gewähren. Es wäre auch bei dieser Vorlage ein Beleg für den Stadtrat gewesen, der Begründung die Einnahmen für die Monate April 1921 bis Januar 1922 beizufügen. Wir leben ganz davon ab, daß diese Unterlassung der Begründung des Bürgerausschusses seitens des Stadtrates berechtigen Ausdruck verleiht, sondern richten uns lediglich nach sachlichen Motiven. Wir bitten, uns für die genannten 10 Monate die Einnahmen zu geben. Sollte das nicht geschehen, so müssen wir dem Grundbesitzer folgen: „Nur was schwarz auf weiß besitz, kann man getrotzt nach Hause tragen!“ Die Vorlage ablehnen, und — wir bitten die Mitglieder des Bürgerausschusses, denselben Standpunkt einzunehmen.

Voranschlag der Fuhrverwaltung und der Gebührentarife für die Müllabfuhr und Straßeneinigung.

Stadtratsbeschluss: a) Der Haushaltsplan der Fuhrverwaltung für das Rechnungsjahr 1922 wird in der gedruckt vorliegenden Fassung in Einnahme und Ausgabe abschließend mit 16 785 000 M festgesetzt. b) Für das Rechnungsjahr 1922 ist eine Müllabfuhrgebühr von 14% des Aufwandes zu erheben, bei Wohnungen mit einem Wert von nicht mehr als 600 M wird die Müllabfuhrgebühr auf 18 M jährlich festgesetzt. c) Für das Rechnungsjahr 1922 ist eine Straßeneinigungsgebühr von 10% des Aufwandes zu erheben.

Stv. L. Hahn empfiehlt die Vorlage zur Annahme. — Stv. Bogge lehnt die Vorlage ab, weil die Gebühren für die Müllabfuhr zu hoch sind.

Stv. Dreifuh (Soz.) wendet sich ausführlich gegen die gedankenlose Verunreinigung der Straßen, Plätze und Schulen durch Papierreste. In den Schulen müsse auch durch die Lehrer dem entgegen gewirkt werden. Er werde dafür Sorge tragen, daß auch die Polizei darauf ihr besonderes Augenmerk richtet. — Stv. Gremm (Str.) wendet sich gegen die Ausrottungen des Aulo-Verkehrs in der Umgebung des Volksparks von Heidenau aus. — Stv. Berrey (Dem.) ersucht den Stadtrat, das Besondere darauf aufmerksam zu machen, daß von verschiedenen Hausbesitzern die Bürgersteige überhaupt nicht mehr gereinigt werden. — Autodirektor Schild stellt fest, daß die Straßeneinigungsstationen gegenüber 1914 um fast die Hälfte vermindert wurden. Mit der neuen Motorlebensmaschine, die in den ersten Tagen des Monats April eintrafen wird, will man dem Uebel abhelfen. Die Vorlage wird mit Mehrheit angenommen. Nachträglich wird noch eine Resolution betr. Einführung von Leibesübungen an der Fortbildungsschule genehmigt.

Südlisches Kinderheim.

Stadtratsbeschluss: Für den Ausbau der Rheinenschule als Kinderheim einschließlich der Erstellung eines Nebengebäudes, sowie für die Errichtung eines neuen Feuerwehrturms in Rheinau werden aus dem Ueberschuss des Jahres 1919 2 049 000 M bewilligt.

Stv. Obmann Fuhs empfiehlt und begründet die Vorlage. Stv. Häußer (Dem.) spricht für die Vorlage, bleibt aber in den Preisfragen unerschütterlich. — Frau Stv. Haus (Komm.) begründet einen Antrag ihrer Fraktion, der für die Errichtung eines neuen Kinderheims in geeigneter Lage eintritt. Die Räume in der Rheinenschule seien zum Teil völlig ungeeignet für diesen Zweck. Die Rednerin befürwortet den Antrag ihrer Fraktion, aus dem

Ueberschuss des Jahres 1919 1 Mill. M mehr für das Kinderheim zu verwenden. — Stv. Berrey (Dem.) wünscht verschiedene Ausschüsse über die Rheinenschule. — Stv. Frau Blase (Soz.) bespricht die Mängel im jetzigen Küchengebäude und erklärt, daß ihre Fraktion geschlossen der Vorlage zustimmen wird. — Stv. Binninger (USP.) teilt mit, daß ein Teil der Arbeitervertreter wegen des drohenden Metallarbeiterstreiks nicht zur Stelle seien. Er findet es unbegreiflich, daß ärztliche Autoritäten die Luft in Rheinau als einwandfrei finden, und würde es begrüßen, wenn das Stengelsche Anwesen in Kücheral für das Kinderheim verwendet würde. — Stv. Koll hat auch Befürchtungen wegen der Uebersiedelung nach Rheinau. Er hält es für seine Pflicht, trotz der Ausführungen der Frau Blase über die schöne Luft seinen Bedenken Ausdruck zu geben. Nach einigen Jahren würden vielleicht schon die Mängel zutage treten und man müßte dann doch an die Errichtung eines neuen Kinderheims gehen. Auch wenn die Kosten etwas größer würden, sollte man doch lieber einen neuen Projekt näher treten und die Vorlage noch einmal zur Prüfung zurückstellen. — Stv. Dr. Roedel (Str.) unterstützt diese Anregung und bittet um Erwägung der Gründe, ein Kinderheim in Kücheral einzurichten. Er stellt daher den förmlichen Antrag, die Vorlage zu vertagen. — Stv. Obmann Fuhs bittet, dem Projekt des Stadtrats zuzustimmen und die Uebersiedelung nach Rheinau nicht zu verzögern, da die Verhältnisse in Kücheral unhaltbar seien. — Stv. Knodel (Dem.) ist der Ansicht, daß die Rheinenschule auch ohne Kanalisierung gut gedeihen, und bittet, der Vorlage die Genehmigung nicht zu verweigern, da geeignete Räume gegenwärtig nicht zur Verfügung stehen.

Stv. Böttger nennt das Kinderheim einen dunklen Punkt in der Mannheimer Wohlfahrtsfrage. Das Stengelsche Anwesen, das wohl sehr geeignet sei, ist nicht beziehbar, da es nur ein mehrere Familien mit zum Teil langfristigen Verträgen vermietet ist. Auch dort sei ein Umbau nötig, der etwa 700 000 M koste. Das jetzige Kinderheim sei ausgebaut worden und nicht mehr als baufällig zu bezeichnen. In der Vorlage, in der wir uns befinden, ist es für uns das Beste, auf die Rheinenschule zu greifen und sie für diesen Zweck nutzbar zu machen. Dadurch würden gleichzeitig in Kücheral die dringend benötigten Schulräume gewonnen. Das Kinderheim solle auch keine Erholungsstätte sein, sondern eine Zwischenstelle zwischen Familie und Zwangserziehung. Auf Grund der statistischen Aufzeichnungen seien die Lebensverhältnisse nicht so ungünstig, wie sie geschildert worden sind. Wenn man nach Rheinau geht, so ist das kein Provisorium, sondern es wird dort eine dauernde Einrichtung geschaffen werden. Mehr Mittel für die Einrichtung, als in der Vorlage gefordert werden, sind vorläufig nicht nötig. In Rheinau solle ein Kinderheim errichtet werden, mit dem Rheinau zufrieden sein könne. — Stv. Dr. Roedel (Str.) stellt den Antrag auf Schluß der Debatte, der gegen 2 Stimmen angenommen wird. Der stadträtliche Antrag wird gegen die Stimmen der USP. und Kommunisten angenommen. Ein Antrag der Kommunisten und USP., eine Motion mehr zu bewilligen, wird gegen deren Stimmen abgelehnt.

Ueberschuss 1919.

Stadtratsbeschluss: Von dem Ueberschuss des Rechnungsjahres 1919 werden bestimmt: 1. zur teilweisen Deckung der Schuld von 200 000 Schweizer Franken 2 000 000 M., 2. zur Deckung des Schulhausbaufonds 2 000 000 M., 3. zur Instandsetzung städtischer Gebäude 1 000 000 M., 4. zur Errichtung eines Kinderheimes in Rheinau 2 040 000 M., 5. zur Bekämpfung des Rheinheimer Dampflichtfonds der Straßenbahn 500 000 M., 6. zur Verstärkung des Fonds für Schulpflege 1 000 000 M., 7. zur Verstärkung des Fonds für ein Altersheim 500 000 M., 8. zur Vollendung des Kleinerriedhofes und zur Errichtung eines Denkmals daselbst 700 000 M. Die Verwendung der unter 3, 4, 5, 6, 7 bezeichneten Beträge bedarf der Zustimmung des Bürgerausschusses.

Stv. Obm. Fuhs begründet und empfiehlt die Vorlage. Stv. Dr. Jeselsch (Dem.) behauptet, daß man die Ueberschüsse für 1919 erst jetzt erfährt. Da man aber das Ergebnis von 1921 noch nicht kenne, dürfe man eigentlich nicht darüber verfügen. Er bittet nach einem Antrag seiner Fraktion 200 000 M. zur Förderung der Propagandätätigkeit der Stadtverwaltung zur Verfügung zu stellen.

Stv. Obm. Fuhs begründet und empfiehlt die Vorlage. Stv. Dr. Jeselsch (Dem.) behauptet, daß man die Ueberschüsse für 1919 erst jetzt erfährt. Da man aber das Ergebnis von 1921 noch nicht kenne, dürfe man eigentlich nicht darüber verfügen. Er bittet nach einem Antrag seiner Fraktion 200 000 M. zur Förderung der Propagandätätigkeit der Stadtverwaltung zur Verfügung zu stellen.

Stv. Obm. Fuhs begründet und empfiehlt die Vorlage. Stv. Dr. Jeselsch (Dem.) behauptet, daß man die Ueberschüsse für 1919 erst jetzt erfährt. Da man aber das Ergebnis von 1921 noch nicht kenne, dürfe man eigentlich nicht darüber verfügen. Er bittet nach einem Antrag seiner Fraktion 200 000 M. zur Förderung der Propagandätätigkeit der Stadtverwaltung zur Verfügung zu stellen.

Stv. Obm. Fuhs begründet und empfiehlt die Vorlage. Stv. Dr. Jeselsch (Dem.) behauptet, daß man die Ueberschüsse für 1919 erst jetzt erfährt. Da man aber das Ergebnis von 1921 noch nicht kenne, dürfe man eigentlich nicht darüber verfügen. Er bittet nach einem Antrag seiner Fraktion 200 000 M. zur Förderung der Propagandätätigkeit der Stadtverwaltung zur Verfügung zu stellen.

Stv. Obm. Fuhs begründet und empfiehlt die Vorlage. Stv. Dr. Jeselsch (Dem.) behauptet, daß man die Ueberschüsse für 1919 erst jetzt erfährt. Da man aber das Ergebnis von 1921 noch nicht kenne, dürfe man eigentlich nicht darüber verfügen. Er bittet nach einem Antrag seiner Fraktion 200 000 M. zur Förderung der Propagandätätigkeit der Stadtverwaltung zur Verfügung zu stellen.

Stv. Obm. Fuhs begründet und empfiehlt die Vorlage. Stv. Dr. Jeselsch (Dem.) behauptet, daß man die Ueberschüsse für 1919 erst jetzt erfährt. Da man aber das Ergebnis von 1921 noch nicht kenne, dürfe man eigentlich nicht darüber verfügen. Er bittet nach einem Antrag seiner Fraktion 200 000 M. zur Förderung der Propagandätätigkeit der Stadtverwaltung zur Verfügung zu stellen.

Stv. Obm. Fuhs begründet und empfiehlt die Vorlage. Stv. Dr. Jeselsch (Dem.) behauptet, daß man die Ueberschüsse für 1919 erst jetzt erfährt. Da man aber das Ergebnis von 1921 noch nicht kenne, dürfe man eigentlich nicht darüber verfügen. Er bittet nach einem Antrag seiner Fraktion 200 000 M. zur Förderung der Propagandätätigkeit der Stadtverwaltung zur Verfügung zu stellen.

Stv. Obm. Fuhs begründet und empfiehlt die Vorlage. Stv. Dr. Jeselsch (Dem.) behauptet, daß man die Ueberschüsse für 1919 erst jetzt erfährt. Da man aber das Ergebnis von 1921 noch nicht kenne, dürfe man eigentlich nicht darüber verfügen. Er bittet nach einem Antrag seiner Fraktion 200 000 M. zur Förderung der Propagandätätigkeit der Stadtverwaltung zur Verfügung zu stellen.

Stv. Obm. Fuhs begründet und empfiehlt die Vorlage. Stv. Dr. Jeselsch (Dem.) behauptet, daß man die Ueberschüsse für 1919 erst jetzt erfährt. Da man aber das Ergebnis von 1921 noch nicht kenne, dürfe man eigentlich nicht darüber verfügen. Er bittet nach einem Antrag seiner Fraktion 200 000 M. zur Förderung der Propagandätätigkeit der Stadtverwaltung zur Verfügung zu stellen.

Stv. Obm. Fuhs begründet und empfiehlt die Vorlage. Stv. Dr. Jeselsch (Dem.) behauptet, daß man die Ueberschüsse für 1919 erst jetzt erfährt. Da man aber das Ergebnis von 1921 noch nicht kenne, dürfe man eigentlich nicht darüber verfügen. Er bittet nach einem Antrag seiner Fraktion 200 000 M. zur Förderung der Propagandätätigkeit der Stadtverwaltung zur Verfügung zu stellen.

Stv. Obm. Fuhs begründet und empfiehlt die Vorlage. Stv. Dr. Jeselsch (Dem.) behauptet, daß man die Ueberschüsse für 1919 erst jetzt erfährt. Da man aber das Ergebnis von 1921 noch nicht kenne, dürfe man eigentlich nicht darüber verfügen. Er bittet nach einem Antrag seiner Fraktion 200 000 M. zur Förderung der Propagandätätigkeit der Stadtverwaltung zur Verfügung zu stellen.

Stv. Obm. Fuhs begründet und empfiehlt die Vorlage. Stv. Dr. Jeselsch (Dem.) behauptet, daß man die Ueberschüsse für 1919 erst jetzt erfährt. Da man aber das Ergebnis von 1921 noch nicht kenne, dürfe man eigentlich nicht darüber verfügen. Er bittet nach einem Antrag seiner Fraktion 200 000 M. zur Förderung der Propagandätätigkeit der Stadtverwaltung zur Verfügung zu stellen.

Stv. Obm. Fuhs begründet und empfiehlt die Vorlage. Stv. Dr. Jeselsch (Dem.) behauptet, daß man die Ueberschüsse für 1919 erst jetzt erfährt. Da man aber das Ergebnis von 1921 noch nicht kenne, dürfe man eigentlich nicht darüber verfügen. Er bittet nach einem Antrag seiner Fraktion 200 000 M. zur Förderung der Propagandätätigkeit der Stadtverwaltung zur Verfügung zu stellen.

Stv. Obm. Fuhs begründet und empfiehlt die Vorlage. Stv. Dr. Jeselsch (Dem.) behauptet, daß man die Ueberschüsse für 1919 erst jetzt erfährt. Da man aber das Ergebnis von 1921 noch nicht kenne, dürfe man eigentlich nicht darüber verfügen. Er bittet nach einem Antrag seiner Fraktion 200 000 M. zur Förderung der Propagandätätigkeit der Stadtverwaltung zur Verfügung zu stellen.

Stv. Obm. Fuhs begründet und empfiehlt die Vorlage. Stv. Dr. Jeselsch (Dem.) behauptet, daß man die Ueberschüsse für 1919 erst jetzt erfährt. Da man aber das Ergebnis von 1921 noch nicht kenne, dürfe man eigentlich nicht darüber verfügen. Er bittet nach einem Antrag seiner Fraktion 200 000 M. zur Förderung der Propagandätätigkeit der Stadtverwaltung zur Verfügung zu stellen.

Stv. Obm. Fuhs begründet und empfiehlt die Vorlage. Stv. Dr. Jeselsch (Dem.) behauptet, daß man die Ueberschüsse für 1919 erst jetzt erfährt. Da man aber das Ergebnis von 1921 noch nicht kenne, dürfe man eigentlich nicht darüber verfügen. Er bittet nach einem Antrag seiner Fraktion 200 000 M. zur Förderung der Propagandätätigkeit der Stadtverwaltung zur Verfügung zu stellen.

Stv. Obm. Fuhs begründet und empfiehlt die Vorlage. Stv. Dr. Jeselsch (Dem.) behauptet, daß man die Ueberschüsse für 1919 erst jetzt erfährt. Da man aber das Ergebnis von 1921 noch nicht kenne, dürfe man eigentlich nicht darüber verfügen. Er bittet nach einem Antrag seiner Fraktion 200 000 M. zur Förderung der Propagandätätigkeit der Stadtverwaltung zur Verfügung zu stellen.

Stv. Obm. Fuhs begründet und empfiehlt die Vorlage. Stv. Dr. Jeselsch (Dem.) behauptet, daß man die Ueberschüsse für 1919 erst jetzt erfährt. Da man aber das Ergebnis von 1921 noch nicht kenne, dürfe man eigentlich nicht darüber verfügen. Er bittet nach einem Antrag seiner Fraktion 200 000 M. zur Förderung der Propagandätätigkeit der Stadtverwaltung zur Verfügung zu stellen.

Stv. Obm. Fuhs begründet und empfiehlt die Vorlage. Stv. Dr. Jeselsch (Dem.) behauptet, daß man die Ueberschüsse für 1919 erst jetzt erfährt. Da man aber das Ergebnis von 1921 noch nicht kenne, dürfe man eigentlich nicht darüber verfügen. Er bittet nach einem Antrag seiner Fraktion 200 000 M. zur Förderung der Propagandätätigkeit der Stadtverwaltung zur Verfügung zu stellen.

Stv. Obm. Fuhs begründet und empfiehlt die Vorlage. Stv. Dr. Jeselsch (Dem.) behauptet, daß man die Ueberschüsse für 1919 erst jetzt erfährt. Da man aber das Ergebnis von 1921 noch nicht kenne, dürfe man eigentlich nicht darüber verfügen. Er bittet nach einem Antrag seiner Fraktion 200 000 M. zur Förderung der Propagandätätigkeit der Stadtverwaltung zur Verfügung zu stellen.

## Die Mannheimer Intendantenkrise.

Auf eine Fortsetzung des Betriebsrates des Nationaltheaters, — die auch die Vorstände und die Vertreter der Anwesenheitsorganisationen miteinbezieht haben, — es möge das Nationaltheater mit überwiegender Mehrheit beschließen, dem Betriebsrat das folgende zu erwidern:

Der Beschluss des Stadtrats vom 21. ds. Mts. ist keineswegs ein Grund einseitiger Berücksichtigung gefügt worden. Er hat die Bedeutung des mit dem Intendanten abgeschlossenen Vertrags zur Folge gehabt und kann nicht umgestoßen werden.

Der Stadtrat vertraut darauf, daß sämtliche Mitglieder und Angestellte des Nationaltheaters ihre Verpflichtungen erfüllen. Dann wird das Nationaltheater in der besten Weise auch in diesen ersten und schweren Tagen für die Besetzung ein tüchtiger und treuer Vermittler hoher Danks und Ansehens sein und seinen alten Ruhm erneuern.

## Maria Ursula Gött.

Das Schicksal einer deutschen Dichtermutter. Von Alfred Maderer.

Den Lebensweg der Mutter eines ungarischen Kindes wird man Wärme überfließen, und wenig Sonne wird seinen Fall zur Kenntnis erhalten. Die Erdenpflicht der Mutter eines solchen Kindes, besten Sohnes oder kann ein Kreuzweg sein, wie uns das Schicksal der Lebenswörter, verehrungswürdigen Maria Ursula Gött lehrt. Ihren 80. Geburtstag, den diese alte Frau am 30. März begeht, möchte jede deutsche Mutter, die auch nur in ihrem Herzen feiert, Maria Ursula Gött kann Vorbild und Spiegel sein. Maria Ursula Gött kann Vorbild und Spiegel sein. Maria Ursula Gött kann Vorbild und Spiegel sein. Maria Ursula Gött kann Vorbild und Spiegel sein.

und in ihm seiner Zeit einen der besten, wenn nicht vielleicht den besten Menschen geschenkt. Sie war es, die es dem Heilmittler, die über Gott um seines aufstehen, wahren Menschentums willen bestanden, ins Gesicht sagen durfte: „Wenn die nächste Generation so wird, wie Emil Gött war, dann gibt es keine Lumpen mehr, und man braucht auch keine Zuchthäuser mehr zu bauen.“

Und dennoch war der Weg dieser Mutter ein Gang nach Golgatha. Ebendarum war er ein Kreuzweg. Bald sind nun alle orteigen Stationen erstiegen. Schlimmer kann es jetzt nicht mehr kommen“, schreibt die Mutter Gött in ihren 60. J. Bei in München erschienenen Aufzeichnungen über Emil Gött, seinen Anfang und sein Ende, in einem Büchlein, das jede Mutter als Beispiel besitzen und hochhalten möchte. Denn an derselben Stelle schreibt die schmerzgeprüfte Frau weiter: „Inmerhin legte mein glücklicher Optimismus wieder. Wenn's nicht mehr tiefer kommen kann, dann muß es sich wenden. Sagte ich immer. Ueberall sah ich die Trümmer verlorener Hoffnungen. Ann sah ich ihn aber wieder am Schreiben, und das hätte meinen Mut. Ich hoffte wieder.“

Dieser kurze Abschnitt bildet vielleicht die gehaltvollste Stelle des kleinen, doch inhaltsschweren Buches. Gewiß aber enthält sie die bezeichnendste Deutung dieses seltenen Frauenschalters. Aus diesen Worten spricht deutlich, daß sich die Mutter Gött der Schwere ihrer Sorgen voll bewußt war, daß sie den Weg ihres Sohnes mit wachsamem Auge verfolgte und daß sie erkannt hatte, als stärkste Stütze, die sie sich selbst gewähren konnte, den Glauben an die Dichtertätigkeit ihres Sohnes zu besitzen. Dieser Zug muß an der tapferen, schlichten Frau, die sich und den Sohn durch ihrer Hände Arbeit ernährte, am meisten auffallen und uns am tiefsten berühren. Im ganzen Leben der Mutter Gött begegnen wir auch nicht dem leisesten Zweifel an einer übertragenden dichterischen Begabung ihres Sohnes, ohne daß sie damit jedoch ein Gefühl verbunden hätte, das wie Stolz oder auch nur eifrige Freude nennen dürften. Ihr Emil war eben ein Dichter, und mit der Ruhe dieser Ueberzeugung, aber auch mit deren Festigkeit forderte sie von der Mittelwelt Anerkennung für ihn und für sein Schaffen. Freilich meist vergebens. Doch vermochte sie diese Erfahrung nicht zu entmutigen. Woran Mutter Gött einmal glaubte, darin ließ sie sich durch nichts irren machen. Sie hätte ja sonst an Emil überhaupt zweifeln müssen. War doch soviel an ihm, was der Leute Hoch, Spott und Berachtung über ihn brachte. Hatte doch so Vieles von dem, was er unternahm, nicht nur für ihn, sondern auch für seine Mutter Nummer und Sorge im Gefolge.

Diese Mutter aber schreibt indem sie des 80sten Grades ihres Sohnes gedenkt, in heiß aufwühlender heiliger Erkenntnis, aus der

se den ersten und stärksten Trost empfing: „Wie möchte ich jetzt weinen, wenn auch ich, die Mutter, ihn verlassen hätte. Mein schönster Trost ist: Ich hab mein Sach nicht an einen Lump verloren. Er half den Armen damit, und ich glaube an ihn. Seiner Lehre bleib ich treu. Gut sein ist alles. Gut sein ist Gott. Jeder gute Mensch ist göttlich.“ Und sie zitiert einen wahrhaft übermenschlich starken Ausspruch ihres Sohnes, der da lautet: „Was ich habe, ist verlor, was ich beschaffen, hab ich noch, was ich verlor, was ich beschaffen, hab ich noch, was ich verlor, was ich beschaffen, hab ich noch.“

Verstuchte Maria Ursula Gött, das Wesen und Leben ihres Sohnes ganz zu verstehen, so überkam es sie wie inbrünstige Ergebung in einen wahren Glauben. Und sie hat ihren Sohn ganz verstanden. Sie wußte, daß sie ein Erstgebild seines Großvaters und mütterlicher Seite war, diese geringste Selbstlosigkeit, die ihn immer auf das Wohl des nollebenden Nächsten, monatlang aber nicht auf die Erfüllung seines Dichterberufs bedacht sein ließ. Sie sah, daß er sich aufopfert, und wußte, daß sein schmerzliches Herzeleid, dem er im Alter von 44 Jahren (am 13. April 1908) erlag, nichts anderes war als unheilbares Herzeleid, das er über die unheilbare Armut zahlloser Hilfsbedürftiger, der ganzen Menschheit wohl, empfand. Wie oft sah er um eines Bewußtseins willen, das trotz seiner beispiellosen Schlichtheit mächtig genug wäre, das Weltwissen zu eigenem Erkenntnis herauszufordern: „Dieser Mann soll nicht jagen können, es habe ihm niemand gebissen!“

Verstuchte Maria Ursula Gött — so muß ich es nochmals sagen — das Wesen und Leben ihres Sohnes ganz zu verstehen, so überkam es sie wie inbrünstige Ergebung in einen wahren Glauben. Und sie hat ihren Sohn ganz verstanden. Sie wußte, daß sie ein Erstgebild seines Großvaters und mütterlicher Seite war, diese geringste Selbstlosigkeit, die ihn immer auf das Wohl des nollebenden Nächsten, monatlang aber nicht auf die Erfüllung seines Dichterberufs bedacht sein ließ. Sie sah, daß er sich aufopfert, und wußte, daß sein schmerzliches Herzeleid, dem er im Alter von 44 Jahren (am 13. April 1908) erlag, nichts anderes war als unheilbares Herzeleid, das er über die unheilbare Armut zahlloser Hilfsbedürftiger, der ganzen Menschheit wohl, empfand. Wie oft sah er um eines Bewußtseins willen, das trotz seiner beispiellosen Schlichtheit mächtig genug wäre, das Weltwissen zu eigenem Erkenntnis herauszufordern: „Dieser Mann soll nicht jagen können, es habe ihm niemand gebissen!“

Wieder ist es die Mutter, die auch dabei nicht an sich, sondern nur an den Sohn denkt. Doch auch ihr das Leben genommen, was es ihrem Sohne nahm, doch es auch ihr vorenthielt, was es ihrem Sohne verlor — es war der arbeitsame Haube einer Witwe, die nach höherem nicht fragte. Auch das Leben der Mutter Gött war reich durch die Armut ihres Sohnes, in die als unvergänglicher Besitz der schönste Trieb der Menschenbrust eingeschlossen war: das Erbarmen.

Wieder ist es die Mutter, die auch dabei nicht an sich, sondern nur an den Sohn denkt. Doch auch ihr das Leben genommen, was es ihrem Sohne nahm, doch es auch ihr vorenthielt, was es ihrem Sohne verlor — es war der arbeitsame Haube einer Witwe, die nach höherem nicht fragte. Auch das Leben der Mutter Gött war reich durch die Armut ihres Sohnes, in die als unvergänglicher Besitz der schönste Trieb der Menschenbrust eingeschlossen war: das Erbarmen.

Wieder ist es die Mutter, die auch dabei nicht an sich, sondern nur an den Sohn denkt. Doch auch ihr das Leben genommen, was es ihrem Sohne nahm, doch es auch ihr vorenthielt, was es ihrem Sohne verlor — es war der arbeitsame Haube einer Witwe, die nach höherem nicht fragte. Auch das Leben der Mutter Gött war reich durch die Armut ihres Sohnes, in die als unvergänglicher Besitz der schönste Trieb der Menschenbrust eingeschlossen war: das Erbarmen.

Wieder ist es die Mutter, die auch dabei nicht an sich, sondern nur an den Sohn denkt. Doch auch ihr das Leben genommen, was es ihrem Sohne nahm, doch es auch ihr vorenthielt, was es ihrem Sohne verlor — es war der arbeitsame Haube einer Witwe, die nach höherem nicht fragte. Auch das Leben der Mutter Gött war reich durch die Armut ihres Sohnes, in die als unvergänglicher Besitz der schönste Trieb der Menschenbrust eingeschlossen war: das Erbarmen.



Dollarkurs 323.— Mark.

erhalten. Zwecks Erledigung der laufenden Geschäfte ist neben dem aus sechs Mitgliedern bestehenden Verwaltungsrat ein besonderes G. m. b. H.-Unternehmen mit dem Sitz in Hannover gegründet worden.

Norddeutscher Lloyd, Bremen.

In der gestrigen Generalversammlung wurde die Dividende auf 10% (8%), zahlbar ab 30. März, festgesetzt. Der Vorsitzende machte bei Vorlage des Jahresberichts aufmerksam auf die Mitteilungen über die Wiederaufnahme der regelmäßigen Fahrten nach Nordamerika und Ostasien, die im neuen Jahre erfolgt ist, und ebenso auf die Wiederaufnahme des Südamerika-Dienstes. So weit sich bis jetzt übersehen läßt, ergeben diese Reisen recht zufriedenstellende Ergebnisse.

Pfälzische Nähmaschinen- und Fahrräderfabrik vormals Gebr. Kayser, Kaiserslautern. Die auf den 20. April einberufene a.-o. G.-V. befaßt sich u. a. auch mit der Kapitalerhöhung um 6 Mill. M Stamm- und 250 000 M 7% ige kumulative, zwanzigstimmige Vorzugsaktien auf insgesamt 12,5 Mill. M.

Devisenmarkt

Weitere kleine Devisenabschwächung.

Mannheim, 30. März. (9.30 vorm.) Die Mark wurde heute früh etwas fester mit 0,30% cents aus Newyork gemeldet, was einem Dollarkurs von 323,90 M entspricht. Infolgedessen sind die Devisenkurse leicht abgeschwächt. Der Devisenverkehr ist ruhig. Am hiesigen Platze werden folgende Kurse genannt: Holland 12 150—12 250. Kabel Newyork 323 bis 325. London 1415—1425. Schweiz 6300—6400. Paris 2910 bis 2930.

= Newyork, 29. März. Die Reichsmark notierte bei Börsenschluß mit 0,30% (0,30%) cents, was einem Kurs von 326,48 (327,87) M für den Dollar entspricht.

Neueste Drahtberichte.

München, 30. März. (Eig. Draht.) Süddeutsche Bodenkreditbank. Die G.-V. setzte die Dividende auf 8% fest. Der Vorsitzende wies auf die großen Schwierigkeiten hin, mit denen die reinen Hypothekendarlehen im Gegensatz zu den Kreditbanken zu kämpfen haben, da die Unkosten enorm gestiegen sind, ohne in gesteigerten Einnahmen einen Ausgleich zu finden.

München, 30. März. (Eig. Draht.) Spinneret Neuhol in Hof in Bayern. Der Fabrikationsertrag beträgt 21,85 Millionen M (11,4 Mill. M). Nach Rückstellung von wieder 1 Mill. M für Wohnungsbau und 2,5 Mill. M (0) für Steuern beträgt der bedeutend gestiegene Reingewinn 7 202 562 M (2 201 511 M), woraus 40% Dividende (30%) verteilt werden. Die G.-V. genehmigte die Regularien und beschloß Kapitalerhöhung um 1,5 Mill. M Gratisaktien auf 4 Mill. M.

Halle 30. März. (Eig. Draht.) Die Riebeckischen Montanwerke erwarben sämtliche Geschäftsanteile der Montan-Wachsfabrik G. m. b. H. in Hamburg.

Berlin, 30. März. (Eig. Draht.) Kaliwerke Salzdettlith. Die G.-V. genehmigte die Kapitalerhöhung um 49 auf 77 Mill. M. Die neuen Stammaktien sind ab 1922 voll dividendenberechtigt. Zwecks Erwerb von 17 Mill. M Westeregeln-Aktien und 12 Mill. M Aschersleben-Aktien gehen 29 Mill. M zu pari an ein Konsortium; die restlichen 20 Millionen M übernimmt ein Konsortium zu 200%, das den 21 Millionen M allen sowie den 29 Mill. M Umtausch-Stammaktien ein Bezugsrecht zu 300% im Verhältnis von 2 zu 5 anbietet. Bei den Wahlen zum Aufsichtsrat enthielten sich die Vertreter von Neustadt ihrer Stimmen. Gewählt wurde u. a.

tarife lief die Antwort ein, daß von Seiten des Reichsverkehrsministers wie durch die Tarifpolitik der Reichsbahn eine Ausschaltung der Binnenschifffahrt nicht beabsichtigt ist. Um die in der Denkschrift gemachten Vorschläge zu prüfen, hat der Reichsverkehrsminister einen Ausschuss von Fachleuten eingesetzt, der im Benehmen mit den interessierten Wirtschaftskreisen die einschlägigen Fragen erörtern und klären soll. Sobald diese Arbeiten abgeschlossen sind, wird über die Frage entschieden.

Weiteres Abbröckeln des Steiner-Konzerns.

Ähnlich und zu derselben Zeit wie in Deutschland, so vollzog sich auch in der Schweiz ein „Abbau“ des Steinerkonzerns, der anscheinend trotz seiner Jugend schon recht altersschwach und hilflos geworden ist. Wie in den „Basler Nachr.“ ausgeführt wird, wurde in der G.-V. der Futurum-A.-G., Dornach-Basel, einer Steinerschen Fusions-Gesellschaft, von mehreren Aktionären darauf verwiesen, daß die Erwartungen, die man mit der Verbindung mit der A.-G. „Kommander Tag“ hegte, nicht erfüllt wurden. Die Aktionäre verlangten, daß die A.-G. ihre bisherigen Tendenzen aufgeben sollte, und ihr Hauptaugenmerk auf die größtmögliche Wirtschaftlichkeit richten sollte. Da die unzufriedenen Aktionäre über die Mehrheit der vertretenen Stimmen verfügten, ergibt sich die Notwendigkeit personeller Änderungen der Verwaltung und einer Loslösung der Gesellschaft von der bisherigen engen Verbindung mit der anthroposophischen Steinerschen Bewegung. Die G.-V. beschloß daher, die geistige Bewegung von der Futurum-A.-G. reinlich zu scheiden.

Kaliwerke Aschersleben.

In der G.-V. wurde der Zusammenschluß des neuen Konzerns genehmigt, ebenso die dazu erforderliche Kapitalerhöhung. Danach wird das Aktienkapital um 26 Mill. M erhöht. Zur Begründung wies der Vorsitzende, Sr. Salomonson von der Diskonto-Gesellschaft, darauf hin, daß dadurch eine Stärkung des Einflusses im Kaliyndikat erreicht werde. Die Gesellschaft verspreche sich auch besondere Vorteile für den technischen Betrieb. Es sei für später möglicherweise eine Fusion mit Leopoldshall in Aussicht genommen. Der Mittelpunkt des Konzerns sei das Kaliwerk Salzdettlith, das das beste der deutschen Kaliwerke sei. Es habe sich seit jeher im Besitz mehrerer großer Kaliwerke befunden. Jetzt seien auch die wenigen noch im freien Verkehr gehandelten Aktien in den Besitz der Konzerngesellschaften übergegangen. Salzdettlith werde durch den Aktienbesitz an Westeregeln und Aschersleben den Konzern zusammenhalten. Im Austausch für die neuen an Leopoldshall abgegebenen Aschersleben-Aktien erhält die Gesellschaft 10 Mill. M Leopoldshall-Aktien und 7/8 der bei Leopoldshall noch bestehenden Gründerrechte.

Erweiterung der Interessengemeinschaft Henschel — Essener Steinkohlen und Lothringen.

Die G.-V. der Bergbau-A.-G. Lothringen setzte die Dividende auf 20% fest und genehmigte den Antrag der Verwaltung auf Aenderung bzw. Erweiterung des Interessengemeinschaftsvertrages mit der Firma Henschel u. Sohn und der Essener Steinkohlenwerke A.-G. Hierzu wurde von der Verwaltung ausgeführt: Die Firma Henschel u. Sohn tritt auch jetzt mit der Lokomotivfabrik in Kassel der Interessengemeinschaft bei. Während nach dem Verteilungsschlüssel des bisherigen Vertrages jede der drei Gesellschaften mit einem Drittel am Reingewinn beteiligt war, erhält nach dem neuen Verteilungsschlüssel Henschel u. Sohn 30%, während die Lokomotivfabrik und die Essener Steinkohlenwerke je 25% von der Ausschüttung am Reingewinn

Herr Bankdirektor Benno Weil-Mannheim (Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A.-G.).

Waren und Märkte.

Pfälzische Warenbörse.

Neustadt a. H., 29. März. Die Preisbewegung nach oben hat sich weiter fortgesetzt, die Umsätze blieben weiter sehr beschränkt. Getreide ohne Angebot. Hafer 600—630 M ab bayerischer Station per Zentner in Waggonladungen. In Weizenmehl ist die Mühlenforderung 2400 M Basis 0, doch werden Umsätze hierin kaum getätigt; Weizenmehl 600 bis 700 M je nach Qualität mit Sack; Kleie 475—480 M mit Sack, Trockenschrot 400—420 M ohne Sack, Haferschalenmelasse 300—325 M, Torfmelasse 240 M mit Sack, Malzkeime 400—500 M ohne Sack, Biertreber 400—500 M, Rapskuchen 400—500 M, alles per Zentner in Waggonladungen ab Mannheim. In Weinen und Spirituosen war das Geschäft weiter sehr fest. Das Angebot war groß. Gut gefragt waren besonders Konsum-Weiß- und Rotweine, weiße und rote Bordeauxweine, Deckweine und Obstweine. Zu den geforderten Preisen bestand nur geringer Kauffluss in Weinen und Spirituosen.

Berliner Metallbörse vom 29. März.

Table with columns for metal prices in Berlin and London. Includes items like Kupfer, Zinn, Nickel, Silber, Gold, etc.

Table with columns for cotton prices in Bremen and Liverpool. Includes items like Baumwolle, Wolle, etc.

Wasserstandsbeobachtungen im Monat März

Table showing water level observations for the month of March at various stations like Koblenz, Bonn, etc.

Mannheimer Wetterbericht

Barometer: 750,5 mm. Thermometer: -2,8° C. Niedrigste Temperatur Nachts: -3,2° C. Höchste Temperatur gestern: 3,3° C. Niederschlag: 1,5 Liter auf das qm Windstil. Heiter.

Offene Stellen

Good durable Existenz. 10000 Mkt. monatlich erzielenden Herren oder Damen. Geschäftsführer. Tüchtige Hilfskräfte. Architekt Lattayer.

Dekoraleure Rudolph Karstadt. Wir suchen per sofort oder später mehrere Köchige. Hamburg Mönckebergstraße.

Stenotypistin. mit schöner Handschrift, in Stenographie, Schreibmaschine und Betriebsverrechnung durchaus bewandert, zum sofortigen Eintritt gesucht.

Laborantin für unser analytisches Laboratorium. Schriftl. Angebote mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften, Lichtbild, Angabe von Referenzen u. Eintrittstermin erbeten an: Th. Goldschmidt Aktiengesellschaft.

Maschinenschreiberin für die Stromerrechnung zur Bedienung einer rechnenden Remington-Schreibmaschine.

Ehrlich, fleißiges Mädchen das gut kochen kann und Hausarbeit verrichtet, zu kl. Familie per 1. Mai ev. früher gesucht.

Händler und Hausierer (auch weibliche) kann täglich bis 300 M verdienen.

Fräulein inelch, Schreibrinisch, u. Stenographie vollständig beherrschend, auch in Buchführung bewandert ist, per sofort für nachmittags gesucht.

Friseurin sofort gesucht. Radeses Reventer Appel, F 5, 10.

Jüngeres Laufmädchen gesucht. R. Apel, O 7, 15 (Reben).

Ein Mädchen das gut kochen kann bei hohem Lohn zum sofortigen Eintritt gesucht.

Aushilfsmädchen (einst. Frau) m. kl. Zeugnis, ab 1. IV. auf 4-5 Wochen gesucht.

Mädchen, Braunes und fleißiges Mädchen f. Küchenarbeit auf den 1. April gesucht.

Stellen Gesuche Suche Antiseher- oder Lagerposten bei Bauwerks oder Fabrik.

Alteimädchen findet sehr gute Stelle. 2994 C 8, 4, 1 Tr.

Junges Mädchen das nähen und stiften kann, in kl. kinderlosen Haushalt gesucht.

Alleinmädchen bei hohem Lohn u. gut. Vergütung, in kleiner Familie sofort od. später gesucht.

Braves Mädchen od. Frau tagsüber für kl. Haushalt sol. gef. Baar Soos. O 7, 20, H. Unts.

Putzfrau für einige Tage in der Woche gesucht.

Tüchtige Putzfrau zur Reinigung von Büro-Räumen in der Zeit von morgens 10-12, von 12-2 und abends von 6-8 Uhr sofort gesucht.

Unabhängiges Monatsmädchen ab. junge Frau für halbe od. ganze Tage für sof. gesucht.

Stellen Gesuche Suche Antiseher- oder Lagerposten bei Bauwerks oder Fabrik.

Wegen Platzmangel ein schwer massives Eichenisch für 25 Personen zu verkaufen.

Wegen Platzmangel ein schwer massives Eichenisch für 25 Personen zu verkaufen.

Kontoristin perfekt in Stenographie und Maschinenschreiben, sowie sonstigen Büroarbeiten, sucht per 1. Mai Stellung mit bürgegender Arbeitszeit.

Eisenhändler 20 Jahre alt, mit guten Sprachkenntn. u. sämtl. Büroarbeiten vertraut, sucht per sofort Stellung.

Verkaufe Gutgehendes Herren-, Friseurgeschäft, Friseurgeschäft zu verkaufen, erst. mit Wohnung.

Schwarz Gashord mit hohem Tisch, ein Gasleuchter, ein Mann, zu verkaufen.

Rollpulte zu verkaufen.

S. Gutmann D 5, 4. Sou

2 Piano zu verkaufen.

Gutgehendes Kolonialwaren-Geschäft in bester Lage, schöner Laden, per sofort zu verkaufen.

Wegen Platzmangel ein schwer massives Eichenisch für 25 Personen zu verkaufen.

Waschkessel 75 Liter, mit Unterfussung und Querschiebung, zu verkaufen.

Kinderwagen fast neu, zu verk. Scherer, B 7, 5. IV.

Eichen-Schlafzimmer auf Wunsch m. Matratzen sowie apertes Speisezimmer.

Schwarzer Gashord mit hohem Tisch, ein Gasleuchter, ein Mann, zu verkaufen.

Rollpulte zu verkaufen.

S. Gutmann D 5, 4. Sou

2 Piano zu verkaufen.

Gutgehendes Kolonialwaren-Geschäft in bester Lage, schöner Laden, per sofort zu verkaufen.

Wegen Platzmangel ein schwer massives Eichenisch für 25 Personen zu verkaufen.

